

Der Ortsgeschichte - Ausschuss präsentiert:



1250 JAHRE

LINDENHOLZHAUSEN

Präsentationen zu Lindenholzhausen

Eingemeindung nach Limburg



1250 JAHRE

LINDENHOLZHAUSEN

Präsentationen zu Lindenholzhausen



1250 Jahre Lindenhofhausen

Wie die Holleser Limburger wurden ...

Wir sind Hollesse!

www.lindenhofhausen1250.de



22. Mai 1970 Wenn - dann nur nach Limburg

Bürgermeister Persch berichtete über Zusammenschlußpläne

Lindenholzhausen (mh). — Sollte für die Gemeinde ein Zusammenschluß mit einem Nachbarn akut werden, wird sie sich, so lange ihr die Freiwilligkeit der Entscheidung bleibt, zur Stadt Limburg orientieren. Dies ging eindeutig aus dem Bericht des Bürgermeisters und den Stellungnahmen mehrerer Gemeindevertreter in der jüngsten Sitzung des Ortsparlamentes hervor.

Bürgermeister Persch bevoog sich auf die von Landrat Wolf in der Bürgermeisterversammlung in Elz (17. März) entwickelten Vorstellungen zur Raumordnung und auf das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit der Gemeinde und über den Zusammenschluß von Gemeinden sowie auf die Aussprache mit den Gemeindevorständen von Niederbrechen, Oberbrechen und Werschau.

Der Bürgermeister zitierte das Protokoll der ersten Aussprache mit den Nachbarn aus dem Goldenen Grund, worin zum Ausdruck kam, daß Oberbrechen und Werschau nicht abgeneigt sind, mit Niederbrechen eine verwaltungsmäßige oder gar gemeindliche Ehe einzugehen. Lindenholzhausen sei aber nicht geneigt, diesem Bund beizutreten, weil die Gemeinde nach Limburg hin orientiert sei. In diesem Zusammenhang kündigte Persch ein Kontaktgespräch mit dem Magistrat der Stadt an, das am 26. Mai im Domhotel stattfinden soll. In Andeutung auf die Bestrebungen der Landesregierung, nach denen mit Sicherheit eine gesetzliche Regelung der Raumordnung zu erwarten sei, erklärte der Bürgermeister: „Wir sollten alle Möglichkeiten prüfen, um die zweckmäßigste Lösung zu finden.“

Der Bürgermeister berichtete weiter, daß nun — nach der Verfügung des Landrats und nach Diskussionen im Gemeindevorstand — dem Regierungspräsidenten ein Finanzierungsplan für das Dorfgemeinschaftshaus vorgelegt wor-

den sei. Die Bausumme sei auf 1,5 Millionen Mark veranschlagt. Falls es die Haushaltslage zulasse, solle die Gemeinde innerhalb von vier Jahren eine Rücklage von 200 000 Mark bilden. Als Finanzierung seien neben diesem Betrag ein Darlehen von 350 000 Mark, 50 000 Mark Eigenleistung und ein Zuschuß des Landes von 900 000 Mark vorgesehen.

Wenn - dann nur nach Limburg

Bürgermeister Persch berichtet von der Bürgermeisterversammlung mit Landrat Wolf, in der auch die Gebietsreform besprochen wurde.

Werschau, Oberbrechen und Niederbrechen planen einen Zusammenschluss.

Für Lindenholzhausen käme das aber nicht in Frage, da Lindenholzhausen zu Limburg tendiere.

NNP, 22. Mai 1970



Wegweiser zeigt nach Limburg

Bürgermeister Persch berichtet über Vorbesprechungen mit dem Magistrat

Lindenholzhausen (kl). — Im Mittelpunkt der Sitzung der Gemeindevertreter stand ein Protokoll über die Aussprache zwischen dem Limburger Magistrat und dem Gemeindevorstand über das von Landrat Wolf vorformulierte Modell zum Zusammenschluß von Städten und Gemeinden als Mittelpunkt- oder Zentralgemeinden. Bürgermeister Persch erläuterte den Ablauf der Aussprache, in der er — entgegen dem Vorschlag des Landrates, Lindenholzhausen nach Niederbrechen zu orientieren — darlegte, daß seine Gemeinde engere Bindungen mit Limburg suche. Dieser Großraum werde die Zukunft als bessere Lösung angesehen.

Wie Persch an Hand des Protokolls berichtete, hat Bürgermeister Kohlmaier namens des Magistrats erklärt, die Stadt Lindenholzhausen sich zu einem Zusammenschluß bereitfinden sollte. Aus gesundheitlicher Sicht hielt man entgegen, daß man der Kreisstadt nicht mit fließenden Fahnen in die offenen Arme lenken wolle. Zunächst gelte es, zu über-

legen, was gemeinsam sparsamer und wirtschaftlicher betrieben werden könne. Dabei habe man dem Magistrat die vordringlichsten Projekte der Gemeinde dargelegt, wie die Verbesserung der Wasserversorgung, die Erschließung eines neuen Baugebietes, die Errichtung eines Bürgerhauses und die Verbesserung der Müllabfuhr.

Im weiteren Verlauf habe sich ge-

zeigt, daß durch gegenseitige Vereinbarungen einiges gemeinsam zu verwirklichen sei. Bürgermeister Kohlmaier habe zu verstehen gegeben, daß im Rahmen der Sanierung der Limburger Wasserversorgung auch Lindenholzhausen zu helfen sei. Im Hinblick auf die Erschließung eines neuen Baugebietes könne er (Kohlmaier) sich ganz gut vorstellen, daß der 3. Abschnitt in der Wohnstadt Blumenrod zurückgestellt und dafür in Lindenholzhausen ein ausreichendes Baugebiet erschlossen werde. Eine solche Maßnahme setze allerdings voraus, daß die Lindenholzhausener Limburger Bürger würden.

Müllabfuhr und Kanal

Bürgermeister Persch betonte aber, daß dieser Gedankengang nicht weiter verfolgt werden sei, vielmehr habe man erörtert, ob nicht Müllabfuhr und Kanalreinigung von Limburg aus übernommen werden könnten. Entsprechende Untersuchungen würden von Limburger Seite angestellt und dann als Vorschläge unterbreitet. Bürgermeister Persch steht außerdem auf dem Standpunkt, daß hinsichtlich der Datenverarbeitung bald ein enger Kontakt aufgenommen werde.

Förderstufe nach Limburg?

Die Frage der Förderstufe sei ebenfalls Gegenstand von Erörterungen gewesen, weil nach dem Schulentwicklungsplan die Kinder der Förderstufe aus Lindenholzhausen in Niederbrechen eingeschult werden sollten. Für den Fall engerer Bindungen mit Limburg halte man es aber für angebracht, die Kinder dort unterrichten zu lassen. Persch vertrat abschließend die Meinung, daß im Endzustand doch der Zusammenschluß stehen müsse. Aufgabe des neuen Landtages werde es sein, die Dinge voranzutreiben.

Acht Hektar werden erschlossen

Im übrigen haben die Gemeindevertreter die Entscheidung über ein Teilgebiet des Bebauungsplanes „Hinter Teichhaus“ zurückgestellt. Der Plan weist eine Gesamtfläche von 38 Hektar aus, wovon zunächst einmal rund acht Hektar erschlossen werden sollen. Zwei Entwürfe lagen der Vertretung vor. Man kam überein, Experten zur Beratung hinzuzuziehen, um sich ein Bild über die Be- und Entwässerung sowie über die bauliche Gestaltung machen zu können. Den von der CDU-Fraktion vorgelegten Entwurf über ein Schwerpunktprogramm verwies das Gremium an die Ausschüsse.

Hinsichtlich des CDU-Antrages, einen Partnerschaftsvertrag mit einer ausländischen Gemeinde abzuschließen, wurde der Gemeindevorstand beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten. Bürgermeister Persch teilte mit, er wolle sich mit dem Rat der europäischen Gemeinden ins Benehmen setzen.



erschau (mh). — Neue, gut reflektierende Straßenschilder haben im Auftrag der Gemeinde die beiden Bürger Jeck und Edel aufgestellt. Sein fachmännisches Rat ließ der Schreinermeister und Erste Beigeordnete Saufaus (links) wählen, als die beiden den Aluminiumpfahl an der Kirchstraße einrichteten.

Foto: Horz

Wegweiser zeigt nach Limburg

Bürgermeister Persch berichtet über die Vorbesprechungen mit dem Magistrat der Stadt Limburg.

Dabei erläuterte er - entgegen dem Vorschlags des Landrates Lindenholzhausen nach Niederbrechen zu orientieren - daß seine Gemeinde engere Bindungen zu Limburg suche.

NNP, 20. Juni 1970

1250 Jahre Lindenholzhausen



In Zukunft Stadt mit 40000 Einwohnern

Limburg und Gemeinde Lindenholzhausen beraten über einen freiwilligen Zusammenschluß

Limburg/Lindenholzhausen (b). — Die kommunale Neugliederung ist landauf und landab das politische Thema Nummer eins. Während im Kreis schon erste kleinere Zusammenschlüsse zustande gekommen sind, schien sich im Raum Limburg nichts dergleichen zu regen. Bei Anfragen im Stadtparlament operierte Bürgermeister Kohlmaier bedächtig und abgewogen. Eingeweihte wußten natürlich, daß fast täglich Kontaktaufnahmen und erste Besprechungen stattfanden, bei denen es um den Austausch von Informationen, das Abtasten und wohl auch darum ging, wie man weiter taktisch vorgehen sollte.

Am Dienstag trafen sich Gemeindevorstand und -vertretung von Lindenholzhausen mit dem Magistrat der Stadt im Rathaus in Lindenholzhausen. Das Gespräch war die Fortsetzung einer ersten Kontaktaufnahme zwischen den Gemeindevorständen, die bereits im Sommer stattgefunden hatte.

Die Gesprächspartner waren sich darüber einig, daß der Bevölkerung hüben und drüben deutlich gemacht werden müsse, daß die Alternative heute nicht mehr Zusammenschluß oder nicht heißt, sondern daß sie lautet: freiwilliger Zusammenschluß 1971 (spätestens 1972) oder zwangsweise Eingemeindung am 1. Januar 1973. Über diese Fragen wollen Bürgermeister Perzch und seine

Kommunalpolitiker in einer Versammlung die interessierte Bürgerschaft informieren.

Einig war man sich weitgehend in der Feststellung, daß sich ein Zusammengehen beider Gemeinden positiv für den gesamten heimischen Raum auswirken kann und daß diese Entwicklung vernünftig und auch nicht aufzuhalten sei. Sie müsse nur in gegenseitiger Ergänzung und ohne Vorbehalte vollzogen werden.

Schließlich herrschte zwischen den Mandatsträgern auch Übereinstimmung darüber, daß bei einem freiwilligen Zusammenschluß „zum Wohle der Bürger der einzugliedernden Gemeinde Ver-

einbarungen getroffen werden können, die bei einem zwangsweisen Zusammenschluß nicht mehr möglich sind“. Beide Bürgermeister nannten in einem Gespräch mit der NLZ unter anderem: Die bevorzugte Verwirklichung kommunaler Investitionsvorhaben, die Garantie bestehender Steuer- und Gebührenbesätze für eine gewisse Zeit sowie die Besetzung einer Verwaltungsstelle mit qualifizierten, ortskundigen Bediensteten sowie die Regelung von Personalfragen.

Die Gesprächspartner erkannten, daß die Stadt in der Lage sein wird, den ersten Gemeinden des Limburger Beckens, die mit ihr den freiwilligen Zusammenschluß suchen, weiter entgegenzukommen, als dies kurz vor Toranschluß noch möglich erscheint. Vor allem war man sich bewußt, daß eine in freiem Willen von beiden Seiten getroffene Entscheidung eine weit bessere Grundlage für die gemeinsame Arbeit ist, als eine zwangsweise herbeigeführte.

Die Teilnehmer beurteilten die Zukunft des Limburger Raumes überein-

stimmend positiv. Danach wird aus den Gegebenheiten in wirtschaftlicher, topographischer und verkehrsmäßiger Hinsicht eine Stadt in der Größenordnung von 35 000 bis 40 000 Einwohner erwartet, die auch noch Teile der jetzt im Entstehen begriffenen Nachbarräume anziehen wird. Diese Stadt bietet sich an, sich schließlich auch mit der Stadt Diez und Umgebung zu vereinigen, wenn einmal die Landesgrenzen zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz aufgehoben oder durch Staatsverträge Lösungen dieser Art ermöglicht werden. Von dieser Entwicklung wird die gesamte Bevölkerung profitieren. Dann wird es auch möglich sein, in diesem Wirtschaftsraum, der schon heute eine Einheit bildet, eine sinnvolle, zukunftsbezogene Planung zu betreiben und einen Schwerpunkt zu bilden, der gegenüber den Wirtschaftsschwerpunkten im Rhein-Main-Gebiet sowie im Raume Wetzlar/Gießen bestehen kann.

Die Mandatsträger werden sich im neuen Jahr erneut treffen, um für eine gemeinsame Zukunft konkrete Vorstellungen zu erörtern, vielleicht auch schon zu fixieren.

17. Dez. 1970

In Zukunft Stadt mit 40.000 Einwohnern

Gespräch mit Gemeindevorstand, Gemeindevertretung und Magistrat.

Folgende Lösung soll in einer Bürgerversammlung präsentiert werden:

Freiwilliger Zusammenschluß 1971 (spätestens 1972) oder zwangsweise Eingemeindung am 1. Januar 1973.

NNP, 17. Dezember 1970

1250 Jahre Lindenholzhausen



Gemeinden finanziell stärken

Ibel für drei Verwaltungsebenen — Entscheidungshilfen fehlen

Lindenholzhausen. — In einer öffentlichen Versammlung der Jungen Union sprachen Landtagsabgeordneter Ibel und Kreistagsvorsitzender Bellinger zu dem Thema „Verwaltungsreform in Hessen“. JU-Vorsitzender Georg Löw konnte unter den Teilnehmern neben den Referenten Bürgermeister Persch, den Gemeindevertretervorsitzenden Gabb und den Vorsitzenden des Kreisbauernverbandes, Börig, begrüßen.

Landtagsabgeordneter Ibel, der über die Verwaltungsreform aus landespolitischer Sicht sprach, erklärte, daß die SPD in dem Landtagswahlkampf gesagt habe, daß das Prinzip der Freiwilligkeit bei den Gemeindezusammenschlüssen unter allen Umständen erhalten bleibe. Schon wenige Tage nach der Landtagswahl habe sie jedoch ihre Meinung geändert und betreibe die gemeindliche Gebietsreform mit einer Hektik ohnegleichen.

Ibel bekannte sich zu der Notwendigkeit, die veralteten Verwaltungsstrukturen in Hessen zu reformieren, um so die Kommunalverwaltung leistungsfähiger zu gestalten. Er vertrat die Auffassung, daß anstelle der vier Verwaltungsebenen (Gemeinde, Kreis, Regierungspräsident, Landesregierung) in Zukunft drei Verwaltungsebenen, und zwar Gemeinde, Großkreis und Landesregierung, ausreichen würden. Dieses Reformkonzept sei jedoch nur zu verwirklichen, wenn die Verwaltungskraft der Gemeinden, die auch einen Teil der derzeitigen Aufgaben der Kreise übernehmen sollten, erheblich gestärkt würden.

Ibel bemängelte, daß die hessische Landesregierung keine Konzeption über die optimale Größe der künftigen Gemeinden erarbeitet habe. Die Gemeindeverwaltungen, die man durch die Gewährung zusätzlicher Prämien zu Zusammenschlüssen animiere, hätten von der Landesregierung bisher keine Entscheidungshilfe bekommen. Vorbildlich hingegen sei die Vorbereitung der Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz gewesen, wo die dortige Landesregierung bereits bei Beginn der Phase der freiwilligen Zusammenschlüsse in einem Zielplan ihre Vorstellungen über die Größe und Abgrenzung der neuen Gemeinde konkret dargelegt habe.

Zugleich mit dem gesetzlichen Zusammenschluß der Gemeinden müßten genaue Vorstellungen über die Aufgaben bestehen, die die Gemeinden künftig wahrnehmen sollten. Nur wenn dies der Fall sei, könne man auch Vorstellungen über die notwendige Größe der Gemeindeverwaltung erarbeiten. Gerade auf dem Gebiete der Funktionalreform herrsche jedoch in Hessen absolute Ratlosigkeit. Ibel bedauerte, daß die hessische Landesregierung und die

sie tragenden Fraktionen der SPD und FDP nicht bereit seien, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, sich in Verbandsgemeinden, in denen den einzelnen Gemeinden eine beschränkte Selbstständigkeit erhalten bliebe, zu geben. Gerade in dünn besiedelten Gebieten sei das Modell der Verbandsgemeinde eine gute Möglichkeit, die Verwaltungskraft in dem notwendigen Maße zu stärken.

Kreistagsvorsitzender Bellinger betonte, daß Reformen in der Verwaltung notwendig und unbestritten seien, allerdings seien im Koalitionspapier die Aussagen sehr vage. Aufgrund des Erlasses des neuen hessischen Innenministers vom 28. Dezember 1970 habe Landrat Wolf einen Modellplan für den Kreis Limburg ausgearbeitet. Dieser gehe davon aus, daß eine Gemeinde mit 7000 bis 10 000 Einwohnern eine leistungsfähige Verwaltung haben müsse. Landrat Wolf versucht, im Kreis Limburg zu entsprechenden Größenordnungen zu kommen. Er sehe seinen Modellplan nur als Diskussionsgrundlage an und habe den Innenminister darauf hingewiesen, daß eine solch einschneidende Reformmaßnahme keineswegs ohne Diskussion und Abstimmung mit den Gemeinden getroffen werden könnte. Außerdem müßten auch die Kreisgremien darüber entscheiden. So sollen aus den bisher 51 Gemeinden des Kreises künftig acht größere Gemeinden gebildet werden.

Speziell auf Lindenholzhausen eingehend, sagte Bellinger, daß sowohl Limburg als auch Niederbrechen für einen Zusammenschluß in Frage kämen. Die Gründe, die Landrat Wolf veranlaßt hätten, Lindenholzhausen nach Limburg einzugliedern, seien darin zu sehen, daß der Trend nach Limburg gehe. Dies stehe auf Grund von Untersuchungen fest und sei nicht von der Hand zu weisen. Abschließend sagte Bellinger, daß es vernünftig gewesen sei, nicht unter dem Termindruck des 31. Dezember 1970 einen Zusammenschluß zu bilden. Man müßte dieses Thema ausdiskutieren, und es sei nicht leicht für die Gemeindevertreter von Lindenholzhausen, eine Entscheidung zu fällen, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werde.

Wieder Altstadtsanierung

Limburg (b). — Die Stadtverordneten werden sich in ihrer Sitzung am 28. April, 18.15 Uhr, erneut mit der Altstadtsanierung beschäftigen. Diesmal geht es um das Sanierungsprogramm und den Rahmenplan. Weiter wird über die vereinfachte Änderung des Bebauungsplans „westlich der Holzheimer Straße“ Beschluß gefaßt.

Gemeinden finanziell stärken

Kreistagsvorsitzender Bellinger erläuterte, für Lindenholzhausen käme sowohl Limburg als auch Niederbrechen für einen Zusammenschluß in Frage.

Landrat Wolf hat Limburg vorgeschlagen, weil es einen Trend nach Limburg gäbe.

Bellinger erläuterte, es sei vernünftig gewesen nicht unter Termindruck den Zusammenschluß am 31.12.1970 zu bilden.

Es sei nicht leicht für die Gemeindevertreter eine Entscheidung zu fällen, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werde.

NNP, 24. April 1971

1250 Jahre Lindenholzhausen



06. Juli 1971

Für Zusammenschluß mit Limburg

SPD-Ortsverein stellt Antrag an Gemeindevertretung

Lindenholzhausen. — In einer gut besuchten Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins stand als einziger Tagesordnungspunkt die Meinungsbildung zu dem von der Kreisverwaltung vorgelegten Modellplan zur Gemeinde-reform auf der Tagesordnung. Vorsitzender Preßler erläuterte den Stand der Gemeindereform und legte die Vor- und Nachteile eines Zusammenschlusses mit Limburg oder Niederbrechen auseinander.

Zu jedem Punkt wurde sachlich diskutiert, besonders inwieweit auf die Dauer die Lebensbedingungen der Bürger verbessert und das beste für die Gemeinde erreicht werden könnte. Danach war man sich nahezu einig, daß Vorteile eindeutig bei einem Zusammenschluß mit Limburg liegen. Dieses Ergebnis kam auch in der Abstimmung mit großer Mehrheit zum Ausdruck.

Im weiteren Verlauf forderte Herbert Jung die Fraktion auf, zur nächsten Gemeindevertreterversammlung einen Antrag einzubringen, mit dem Ziel, umgehend Verhandlungen mit Limburg aufzunehmen, um noch vor der gesetzlichen Regelung zu einer Übereinkunft zu kom-

men. Auch diesem Antrag stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit zu, der Antrag geht also jetzt an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

Für Zusammenschluß mit Limburg SPD Ortsverein stellt Antrag an GV

Der SPD Ortsverein diskutierte bei seiner Mitgliederversammlung das Für und Wider eines Zusammenschlusses mit Niederbrechen oder Limburg.

Herbert Jung forderte die Fraktion auf bei der nächsten Gemeindevertreterversammlung einen Antrag einzubringen, um Verhandlungen mit Limburg aufzunehmen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

NNP, 06. Juli 1971

10. Juli 1971

Weg zur Einheit: neues Limburger Konzept

Die Stadt kommt den Gemeinden weit entgegen — Ziel ist der Zusammenschluß zu einer Mittelstadt

Limburg (b). — Die Verhandlungskommission der Stadt für die gebietliche Neuordnung, der Bürgermeister Kohlmaier, Magistratsmitglieder, Stadtverordnetenvorsteher sowie die drei Fraktionsvorsitzenden angehören, hat ihre Vorstellungen zur Neugestaltung des Raumes Limburg in einem neuen Konzept, dem sogenannten „Limburger Konzept“ zusammengefaßt. Es ist inzwischen Landrat Wolf sowie allen Nachbargemeinden mit der Bitte übersandt worden, die darin erwogenen Gedanken und Vorschläge „zum Gegenstand neuer Verhandlungen mit dem Ziel des Zusammenschlusses zu machen“.

Es sei notwendig, die im Limburger Becken weitgehend zusammengewachsenen Gemeinden (Staffel, Elz, Malmeneich, Offheim, Ahlbach, Dehrn, Dietkirchen, Eschhofen, Lindenholzhausen, Linter und Limburg) zu einer Einheitsgemeinde zusammenzuschließen, wird betont. Die so entstehende Mittelstadt, der sich nach einer Neugliederung die Stadt Diez mit ihren Nachbargemeinden anschließen sollte, wäre in der Lage, das Limburger Becken zu einem in jeder Hinsicht anzie-

henden Wirtschafts- und Lebensraum auszugestalten.

Im zweiten Teil der Konzeption, die den Titel „Der Weg zur Einheit“ trägt, wird den Gemeinden zugesichert, daß während der 1. Legislaturperiode nach dem Zusammenschluß (bis 1976) die Hebesätze für Grund- und Gewerbe- sowie Hundesteuer unverändert bleiben. Auch findet für den gleichen Zeitraum in bezug auf die Gebühren für Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllbeseitigung, Friedhofsbenutzung und

weltliche örtlich erhobene Gebühren keine Angleichung an die Sätze der Stadt statt. Werden jedoch durch Beschluß des Parlaments für den Stadtteil Limburg Gebührensätze erhöht, so sollen die Gebühren in den übrigen Stadtteilen im gleichen Prozentverhältnis angehoben werden.

Im übrigen entscheidet das neu gewählte Plenum darüber, ob inwieweit und ab welchem Zeitpunkt die Steuerhebe- und die Gebührensätze in den einzelnen Stadtteilen gesenkt, angeglichen bzw. angehoben werden. Auch hinsichtlich der Investitionen sollen den Gemeinden keine Nachteile entstehen. Wörtlich heißt es: „Die neue Großgemeinde verwirklicht die mittelfristig geplanten Investitionsvorhaben zu den Zeitpunkten, zu denen sie die Gemeinden in eigener Zuständigkeit nach Maßgabe ihrer Investitionspläne, ihrer Finanzkraft, der Förderung durch Land und Kreis hätten verwirklichen können“.

Limburg verpflichtet sich, alle hauptamtlichen Bürgermeister in ein ihrer jetzigen Rechtsstellung gleichwertiges Dienstverhältnis zu übernehmen sowie in alle Anstellungsverhältnisse und Dienstverträge einzutreten. Schließlich werden für alle Stadtteile Ortsbeiräte gebildet sowie in allen Ortsteilen Verwaltungsstellen eingerichtet. Für die neue Großgemeinde wird ein Nahverkehrsnetz entwickelt, das alle Stadtteile untereinander und mit dem Stadtkern in optimaler Dichte verbindet.

Bürgermeister Kohlmaier legt das neue Konzept in der Überzeugung vor, „bei der Neugestaltung des weiteren und engeren Raumes Limburg einen entscheidenden Beitrag geleistet zu haben, der allen beteiligten Gemeinden und ihren Bürgern für die Zukunft zum Vorteil gereicht, und in der Hoffnung auf einen freiwilligen Zusammenschluß bis zum 1. April 1972.“

Weg zur Einheit: neues Limburger Konzept

Die Verhandlungskommission der Stadt Limburg hat die Ideen für ein Limburger Konzept vorgestellt.

Es sei notwendig, die im Limburger Becken zusammengewachsenen Gemeinden (Staffel, Elz, Malmeneich, Offheim, Ahlbach, Dehrn, Dietkirchen, Eschhofen, Lindenholzhausen, Linter und Limburg) zu einer Einheitsgemeinde zusammenzufassen.

Limburg verpflichtet sich, alle hauptamtlichen Bürgermeister in ein ihrer jetzigen Rechtsstellung gleichwertiges Dienstverhältnis zu übernehmen.

Schließlich werden für alle Stadtteile Ortsbeiräte gebildet sowie in allen Ortsteilen Verwaltungsstellen eingerichtet.

NNP, 10. Juli 1971

1250 Jahre Lindenholzhausen



Mehrheit der Gemeindevertreter gegen Fusion mit Limburg

Sieht man in Lindenholzhausen das Glück in Gemeinsamkeit mit Niederbrechen?

Lindenholzhausen / Limburg (hk). — Mit acht gegen vier Stimmen bei einer Enthaltung haben die Gemeindevertreter in einer lebhaften und von zahlreichen Bürgern besuchten Sitzung beschlossen, im Falle einer gesetzlich vorgeschriebenen Eingliederung von Gemeinden und dem Verlust der Selbständigkeit einen Grenzänderungsvertrag mit Niederbrechen abzuschließen. Zuvor hatte das Gremium einen von der SPD eingebrachten Antrag, mit der Stadt Limburg umgehend Verhandlungen zum Abschluß eines Grenzänderungsvertrages aufzunehmen, damit noch vor der gesetzlichen Regelung eine Übereinkunft über einen Zusammenschluß getroffen wird, abgelehnt.

Bürgermeister Persch und Mitglieder des Gemeindevorstandes kündigten an, daß sie diesen Beschluß nicht widerspruchslos hinnehmen wollen. Der Bürgermeister betonte, er werde mit dem Limburger Magistrat einen Vertragsentwurf aushandeln, um festzustellen, welche Seite die besseren Bedingungen zu bieten habe. „Unpassend und demagogisch“ nannte Gemeindevertreter Kunz (CDU) diese Mitteilung des Bürgermeisters. Beigeordneter Jung (SPD) kündigte an, daß er bei der nächsten Sitzung des Gemeindevorstandes den Beschluß der Vertretung beanstanden werde, denn wahrscheinlich verletze diese Entscheidung fundamentale Rechte der Gemeinde und der Bürgerschaft.

„Ein teurer Umweg“

Zuvor hatte der Bürgermeister darauf hingewiesen, daß die besseren Chancen für Lindenholzhausen eindeutig bei einem Zusammenschluß mit Limburg zu suchen seien und nicht bei Niederbrechen. Ein teurer Umweg könnte es sein, sich erst mit Niederbrechen zu verbünden, um dann als starker Block nach Limburg gehen zu wollen.

Es ging hoch her

Hochbrisant war die Debatte über den SPD-Antrag und den dazu eingebrachten Alternativantrag, dessen Text bei Festlegung der Tagesordnung nicht bekannt war. Das veranlaßte Richard Preßler (SPD), von einem „anonymen Antrag“ zu sprechen, der laut Geschäftsordnung auf der Tagesordnung nichts zu suchen habe. Deshalb müsse er abgesetzt werden. Beigeordneter Jung handelte sich einen Verweis ein, als er den Vorsitzenden der Vertretung, Gabb, „Zoglmann“ nannte und dabei darauf

anspielte, daß Gabb — als Mitglied der SPD-Fraktion — Front gegen den Antrag seiner Kollegen gemacht und mit den Fraktionen der CDU und FBW den „Alternativantrag“, der neun Unterschriften trägt, eingebracht hatte. Für die Absetzung dieses Antrags sprachen sich bei der Abstimmung nur drei Vertreter aus.

Dietkirchen als Beispiel

Mit vier gegen neun Stimmen wurde der Antrag der SPD, der einen baldigen freiwilligen Zusammenschluß mit Limburg zum Inhalt hatte, abgelehnt. SPD-Sprecher Preßler hatte zuvor eine Fülle von Zahlen und Argumenten angeführt, die der Gemeinde nachweislich Vorteile einbringen würden, wenn sie sich mit Limburg vereine. Bei den Verhandlungen zwischen Limburger und Niederbrechener Vertretern habe sich eindeutig ergeben, daß Niederbrechen niemals derartige Angebote unterbreiten könne. Der von der Kreisverwaltung konzipierte Modellplan für die Verwaltungsreform sei nur zu unterstreichen. Limburg habe viele Funktionen inne, sei Bundesausbauport, und der Vertragsabschluß mit Dietkirchen beweise, daß die Zukunft nur in der größeren Einheit zu finden sei. Eine Debatte über diesen Punkt kam nicht zustande. Ein Sprecher der FBW meinte lediglich, „wir sehen die größeren Möglichkeiten eben mit Niederbrechen“!

„Mit gleichstarkem Partner“

Eine sachbezogene Aussprache zum Alternativantrag kam ebenfalls nicht zustande. Leonhard Rompel (CDU) betonte, man wolle die Selbständigkeit wahren. Und wenn das nicht möglich sei, werde man sich Niederbrechen an-

schließen, denn „in Limburg werden wir doch nur als fünftes Rad am Wagen“ behandelt. Auf eindringliches Verlangen der SPD-Sprecher, andere Fakten ins Feld zu führen, erklärte Karlheinz Schmitt (FBW) auch, daß die Selbständigkeit der Gemeinde im Vordergrund stehe. Bei einem gesetzlich unumgänglichen Zusammenschluß könne nur Niederbrechen in Frage kommen, da man unter etwa gleichstarken Partnern besser zu Rande komme als mit Limburg. Die SPD-Leute konterten mit dem Hinweis, der Alternativantrag trage Züge einer Existenzangst, denn bei einem Zusammenschluß mit Limburg gebe es in dem zukünftigen Parlament keine FBW mehr.

Die restlichen Äußerungen

Vorsitzender Gabb vertrat die Meinung, die Limburger Randgemeinden könnten durchaus von dem Aufschwung dieser Stadt partizipieren, doch enger dürfe die Bindung nicht werden. Im übrigen vertrat auch er die Theorie des Selbständigbleibens und wollte höchstens den Zusammenschluß mit Niederbrechen. Das CDU-Mitglied Kunz erkannte die „gewaltigen Leistungen der Stadt Limburg“ an, meinte aber, die Gremien hätten viel früher schon die Hand zu Verhandlungen austrecken müssen. Leonhard Rompel (CDU) sprach vom Ideellen, das bei allem materiellen Denken nicht übersehen werden dürfe. Und beim Zusammenschluß mit Limburg werde das dörfliche Kulturleben Schaden leiden.

Beigeordneter Jung wandte ein, man solle sich klar darüber sein, daß möglicherweise die Jugend einmal die zur Entscheidung gerufene Generation vorfluchen werde. Niemand änderte aber seinen Sinn.

Mehrheit der Gemeindevertreter gegen Fusion mit Limburg

Mit acht gegen vier Stimmen haben die Gemeindevertreter in einer lebhaften und von zahlreichen Zuschauern besuchten Sitzung beschlossen, im Falle einer gesetzlich vorgeschriebenen Eingliederung von Gemeinden und dem Verlust der Selbständigkeit einen Grenzänderungsvertrag mit Niederbrechen abzuschließen. Zuvor wurde ein von der SPD eingebrachter Antrag, umgehend Verhandlungen mit Limburg zum Abschluss eines Grenzänderungsvertrages aufzunehmen, damit noch vor der gesetzlichen Regelung eine Übereinkunft über einen Zusammenschluß getroffen wird, abgelehnt.

NNP, 16. Juli 1971



Am Ende stand ein Kompromiß

In Sachen Zusammenschluß jetzt Verhandlungen mit Limburg und Niederbrechen

Lindenholzhausen (hk). — Die Sitzung der Gemeindevertreter am Freitagabend stand im Zeichen mehrerer Unterbrechungen für interne fraktionelle Beratungen, eines dann einstimmig akzeptierten Rückzugsgefechtes und den „Platzverweis“ eines Zuhörers durch Vorsitzenden Gapp, der beleidigt worden war. Trotz mehrfacher Warnungen Gapps kamen aus dem Publikum Beifalls- und auch Mißfallenskundgebungen, die erst nach Wahrnehmung des Hausrechts unterblieben. Zwar sind die Spannungen durch den neuen Beschluß über das Verhalten im Hinblick auf die Zusammenschlußfragen abgebaut, doch handelt es sich um einen Kompromiß, der Unklarheiten in sich birgt.

Die Gemeindevertretung hat einstimmig beschlossen — aufgrund des Widerspruchs des Gemeindevorstandes gegen den Beschluß der Vertretung vom 13. Juli — nun mit Niederbrechen und dann mit Limburg einen Grenzänderungsvertragsentwurf auszuarbeiten, „der nur dann wirksam werden soll (welcher D. Red.), wenn eine Selbstständigkeit der Gemeinde Lindenholzhausen durch Gesetz nicht mehr erhalten werden kann. Aus diesem Grunde soll im Anschluß an diese Sitzung die am 12. Februar gewählte Verhandlungskommission einen Vorsitzenden wählen und die Verhandlungen sofort aufnehmen.“

Widerspruch des Vorstandes

Der Gemeindevorstand hatte gegen die Stimmen der SPD — mit Ausnahme des Vorsitzenden Gapp, und einer Enthaltung in den Reihen der CDU — den Beschluß, nur mit Niederbrechen Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses zu führen, wenn die Selbstständigkeit der Gemeinde nicht gewährleistet sei, beanstandet. Zuvor war der Antrag der SPD, unverzüglich Verhandlungen mit Limburg mit dem Ziel eines baldigen Zusammenschlusses aufzunehmen,

mit etwa dem gleichen Ergebnis abgelehnt worden. Der Vorstand sah unter anderem das Wohl der Gemeinde gefährdet, wenn man nicht mit Limburg verhandele und forderte deshalb, daß zumindest nach beiden Richtungen sondiert werde.

Die jetzige Diskussion offenbarte bald, daß man den Beschluß vom 13. Juli korrigieren wolle, doch dauerte es recht lange, ehe der Kern erreicht war. Auf die mehrfachen Hinweise von Frau Simonis (FBW), die Verhandlungskommission habe nichts getan, stellte Richard Preßler (SPD) fest, daß man zweimal mit Limburg und dreimal mit Niederbrechen verhandelt habe. Erster Beigeordneter Bleise, der den im Urlaub befindlichen Bürgermeister vertrat, verwies darauf, daß mehrere Mitglieder der Kommission nicht an den Gesprächen teilgenommen hätten und daß man schließlich auf den von Wiesbaden angekündigten Modellplan gewartet habe.

FBW: Für Selbstständigkeit

„Ich bin nach wie vor der Meinung, daß Lindenholzhausen berechnete Hoffnungen hat, selbstständig zu bleiben. Deshalb sollten Verhandlungen mit dem

konkreten Ziel, einen Grenzänderungsvertrag auszuhandeln, weitmöglichst zurückgestellt werden. Unser Bemühen verfolgt nach wie vor das Ziel, dem Wohl der Bürger zu dienen“, sagte Karl-Heinz Schmidt (FBW). Gut an der ganzen Sache sei, so Vertreter Kunz (CDU), daß der Vorstand „aus seiner Lethargie aufgerüttelt worden“ sei. Bisher habe man sich im Gremium immer arrangiert, und das müßte auch diesmal möglich sein. Auf die Frage an Beigeordneten Bleise, ob der Vorstand auch einem Beschluß, mit Limburg Verhandlungen aufzunehmen, widersprochen hätte, antwortete dieser mit „Nein“, wie Bleise sich überhaupt mehrfach als eifriger Verfechter für den Weg nach Limburg erwies.

Die Möglichkeit einer Bürger-Initiative oder einer — allerdings nicht offiziellen — Bürgerbefragung stellte Kunz ebenfalls zur Diskussion. „Welche Alternativen sollen wir den Bürgern gegenüberstellen“, hieß es dazu. Man müsse doch sagen können, um was es gehe, und das wisse man selbst im Gremium noch nicht einmal genau, soweit es sich um Niederbrechen handele. Schließlich beantragte Kunz für die CDU-Fraktion eine Unterbrechung, während der diese mit der FBW den eingangs erwähnten Beschluß formulierten und zur Diskussion stellten. Bis zur Abstimmung mußte die Sitzung — einmal aus technischen Gründen und dann wegen einer Beratung der SPD — nochmals unterbrochen werden. Wenn auch mit Bedenken, so wolle die SPD dem Antrag zustimmen, erklärte dann Richard Preßler, und so kam ein einstimmiger Kompromiß-Beschluß zustande und der Widerspruch des Vorstandes war ausgeräumt.

Am Ende stand ein Kompromiß

In der Sitzung der Gemeindevertretung wird einstimmig beschlossen - aufgrund des Widerspruchs des Gemeindevorstandes gegen den Beschluss der Vertretung vom 13.7. - nun mit Niederbrechen und dann mit Limburg einen Grenzänderungsvertragsentwurf auszuarbeiten, wenn eine Selbstständigkeit der Gemeinde Lindenholzhausen nicht mehr durch Gesetz erhalten werden kann. Aus diesem Grunde soll im Anschluß an diese Sitzung die am 12. Februar gewählte Verhandlungskommission einen Vorsitzenden wählen und die Verhandlungen sofort auswählen.

NNP, 02. August 1971



Limburg oder Niederbrechen

Erneute Debatte angesetzt — Gemeindevorstand widersprach

Lindenholzhausen (kl). — Die Gemeindevertreter sind für Freitag, 20 Uhr, zu einer weiteren Sitzung ins Rathaus eingeladen. Nur ein Punkt steht auf der Tagesordnung, und zwar ein erneuter Beschluß über den Alternativantrag zum SPD-Antrag, behandelt in der Sitzung vom 13. Juli.

Damals hatte die Mehrheit des Gremiums sich mit dem Alternativantrag gegen die SPD-Forderung ausgesprochen, einen Zusammenschluß mit Limburg herbeizuführen. Vielmehr wurde für eine Vereinigung mit Niederbrechen optiert.

Der Gemeindevorstand hat diesem Beschluß widersprochen und so muß

sich das Gremium erneut mit seiner Entscheidung befassen. Den Widerspruch hat der Gemeindevorstand damit begründet, daß die Entscheidung in sich einen Widerspruch enthält, weil nach einer gesetzlichen Eingliederung kein Grenzänderungsvertrag mehr abgeschlossen werden kann. Sollte der Beschluß aber zum Ausdruck bringen, so stellt der Gemeindevorstand fest, daß Lindenholzhausen sich endgültig mit Niederbrechen zusammenschließen wolle, dann müsse widersprochen werden, weil das Wohl der Gemeinde gefährdet werde. Dann könne man nämlich keine Verhandlungen mehr mit Limburg führen.

Limburg oder Niederbrechen:

Gemeindevertretung:

Vereinigung mit Niederbrechen optiert.

Gemeindevorstand:

Widerspruch in sich ...

Wohl der Gemeinde gefährdet ...

NNP, 29. September 1971

1250 Jahre Lindenholzhausen



20 Millionen futsch - 15 weitere drohen noch verloren zu gehen

Gewitterwolken trotz Zusammenschluß mit Ahlbach und Lindenholzhausen

Limburg (b). — Die Stadtverordneten billigten am Donnerstag einstimmig die Eingliederung der Gemeinden Ahlbach und Lindenholzhausen. Den Auseinandersetzungsverträgen — bei Lindenholzhausen mit dem Zusatz: In der Erwartung, daß der Gemeindevorstand gleichlautend beschließt“ — wurde ebenfalls zugestimmt. In den Debatten wurde zum Teil heftige Kritik an dem Bielefeld-Plan, aber auch an politisch Verantwortlichen des Kreises geübt.

Durch die Eingliederung von Ahlbach erhöht sich die Zahl der Einwohner um 1011, die Fläche um 503 Hektar; Lindenholzhausen bringt 2800 Einwohner und eine Fläche von 832 Hektar mit. Die Stadt hatte — vor der Eingliederung von Dietkirchen — nur eine Fläche von 794 Hektar.

● Ein wichtiger Schritt ...

Stv. Dr. Hofmann, der die Vertragswerke erläuterte, betonte, „diese Zusammenschlüsse bringen uns einen wichtigen Schritt in dem Bestreben, den Limburger Raum zu ordnen, näher“. Nur durch gemeinsames Handeln sei eine einheitliche Planung möglich. bringe man der Zersiedlung vor und könne die Verkehrsprobleme lösen.

● ... aber kein Geld

In den Kelch der Freude träufelte Hofmann aber auch Wermutstropfen und meinte damit, daß die Zusammenschlüsse vom Land finanziell nicht honoriert würden. Die Stadt müsse allein mit den Problemen fertig werden. „Das liegt nicht an Ahlbach, nicht an Lindenholzhausen, schon gar nicht an der Stadt, sondern einzig und allein an der mangelnden Bereitswilligkeit anderer Gemeinden, sich mit Limburg zusammenzuschließen. So gehen dem Raum Millionen verloren.“

● „Wir wurden ausgelacht“

„Die Situation um das Verschleudern von ... zig Millionen ist so ernst, daß iazu ein offenes Wort gesagt werden muß“, erklärte Bürgermeister Kohlmaier. „Als die Stadt vor Jahren schon Vorschläge für eine Neuordnung unterbreitet hatte, wurde sie ausgelacht, auch von Persönlichkeiten, die mindestens

die gleiche Verantwortung trugen, wie wir. Immer waren es fast ausschließlich wir hier, die um das Wohl des Raumes, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Existenz des Kreises besorgt waren.

Wir waren, sind und bleiben finanzstark genug (im Vergleich zu anderen), um unsere Probleme allein lösen zu können. Dazu bedurfte es keines Zusammenschlusses, im Gegenteil, es ko-

Am Montag Dringlichkeitssitzung

Lindenholzhausen (sch). — Am Montag, 20 Uhr, ist in der Aula der „Lindenschule“ eine öffentliche Dringlichkeitssitzung der Gemeindevertretung. Die Tagesordnung: Beratung und Beschlußfassung über den endgültigen Entscheidungstermin in Sachen Gebietsreform und Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Limburg.

stet uns wegen den vertraglichen Abmachungen nur Geld zu Lasten der Kernstadt.

● Um Hoffnungen ärmer

In dem Bemühen war aber auch immer die Hoffnung wach, daß auch die Stadt letztlich den finanziellen Vorteil

Bis zum 31. Dezember 1970 waren dies 35 Millionen. Davon sind 20 Millionen endgültig verloren. Bis Ende des Jahres stehen noch 15 Millionen auf dem Spiel, aber auch sie scheinen begraben zu sein, weil die Einheit aller vereitelt worden ist.

Daß die Bilanz so mies aussehe, sei nicht die Schuld der Stadt, auch nicht die der dazugekommenen Gemeinden. „Viele verantwortlichen Leute haben sich zum gegebenen Zeitpunkt, wo sich andere bemüht haben, gedrückt, ein offenes Wort für den Raum und für unsere Einheit zu sprechen“, betonte Kohlmaier.

● „In maßgeschneiderten Anzügen“

In die gleiche Kerbe hieb Stv. Krohmann, der äußerte, die Modellstudie Bielefelds trage eindeutig die Schriftzüge von MdL Reitz. Die Limburger sollten endlich erkennen, daß sie dabei seien, sich das Hemd auszuziehen, während sich andere maßgeschneiderte Anzüge verpassen ließen, die sie nicht bezahlen könnten und deren Zeche später von allen beglichen werden müsse. Aber es werde weiter in Egoismus gemacht. Dieser Separatismus feiere fröhliche Urständ und finde die Sanktionierung gewisser Leute. So sei es befremdend, daß z. B. die Gemeinde Elz zu einer vom Landrat für den 15. November nach Offheim einberufenen Sitzung nicht eingeladen sei.

● Kein Pfennig mehr

Auch Stv. Lang kritisierte die Modellstudie und bezeichnete es als Kuriosum, daß Ahlbach und Lindenholzhausen nicht der Gemeindegruppe Limburg zugeordnet worden seien. Auch komme durch den Zuwachs kein Pfennig mehr an Schlüsselzuweisungen herein.

r. Fl-
ingel-
üssel-
e der

Mehrheit für „Vincenz-Krankenhaus“

Landrat Wolf erhielt 321 Zuschriften zur Namensgebung

20 Millionen futsch –

15 weitere drohen noch verloren zu gehen

Die Stadtverordneten billigten am Donnerstag einstimmig die Eingliederung der Gemeinden Ahlbach und Lindenholzhausen. Den Auseinandersetzungsverträgen - bei Lindenholzhausen mit dem Zusatz: In Erwartung, dass der Gemeindevorstand gleichlautend beschließt - wurde ebenfalls zugestimmt.

In dem Bemühen war aber auch immer die Hoffnung wach, dass die Stadt letztlich den finanziellen Vorteil kassieren könne, den sich andere Gemeinden in anderen Gebieten aufgrund ihrer freiwilligen Vereinbarungen und den Zusagen des Landes für die Dauer von 10 Jahren gesichert haben.

Bis zum 31.12.1970 waren dies 35 Millionen.

Davon sind 20 Millionen endgültig verloren.

Bis Ende des Jahres stehen noch 15 Millionen auf dem Spiel, aber auch diese scheinen begraben zu sein, weil die Einheit aller vereitelt worden ist.

Dass die Bilanz so mies aussehe, sei nicht die Schuld der Stadt, auch nicht die der dazugekommenen Gemeinden.

Viele verantwortliche Leute haben sich zum gegebenen Zeitpunkt, wo sich andere bemüht haben, gedrückt, ein offenes Wort für den Raum und für unsere Einheit zu sprechen, betonte Kohlmaier.

NNP, 06. November 1971

1250 Jahre Lindenholzhausen





Lindenholzhausen. — Aufmerksam und debattierend verfolgten die Zuhörer das Geschehen an den Tischen der Vertretungskörperschaft. Nachdenklich hörte auch Limburgs Erster Stadtrat, Schmich (links vorn), zu. Foto: Kleppel

Mit 9:4 gegen drohende Isolierung

Lindenholzhausen entschied nach dramatischer Sitzung für Zusammenschluß

Lindenholzhausen (hk). — Dünn war der Beifall, laut hörte man „Pfui“ und „Ausverkauf“, als die Gemeindevertreter am Donnerstagabend nach dramatischem Ringen mit 9 gegen 4 Stimmen zum 1. Januar die Eingliederung nach Limburg beschlossen hatte. Einige hundert Zuhörer beteiligten sich trotz ständiger Mahnung mit Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen, ja einzelne versuchten sogar zu Wort zu kommen, doch ließ es die Mehrheit des Gremiums nicht zu, daß die Sitzung in eine Bürgerversammlung umfunktionierte wurde. Aufmerksame Beobachter waren unter anderem Erster Stadtrat Schmich (Limburg) und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag, Ernst Weber.

Eingangs sah es nicht danach aus, daß sich eine so überzeugende Mehrheit für die Eingliederung aussprechen würde. Vorsitzender Theo Gabb — als Gegner einer Ehe mit Limburg bekannt (dies hatte schon zu einem Zerwürfnis zwischen ihm und der örtlichen SPD-Fraktion, der er angehörte, geführt) — meinte, es gehe nicht an, sich in 14 Tagen über Angelegenheiten zu entscheiden, wofür das Innenministerium 14 Monate gebraucht habe. Auch wies er darauf hin, daß bei einem sofortigen Anschluß an Limburg keine erhöhten Schlüsselzuweisungen zu erwarten seien. Die mit Limburg ausgehandelten Gebührensätze hätten gesehlich keine Gültigkeit, ebenso liege der Zusammenschluß nicht im Sinne des Modellplanes. Deshalb sollte man die Entscheidung zurückstellen.

● Mit Helau

Die Aussprache über diesen Antrag erhielt dank der Zurufe aus dem Publikum — darunter auch „Helau“, denn es war ja der 11. 11. — ihre besondere Würze.

Karl-Heinz Schmidt (FBW) unterstützte Gabb's Anregung und beantragte, die Entscheidung zumindest bis nach dem 31. November zurückzustellen, damit man zunächst einmal wisse, was sich in der von Landrat Wolf einberufenen Zusammenkunft der Vertretungskörperschaften aus dem Limburger Raum in Offheim abspiele. Die Debatte schien auszuarten, und so forderte CDU-Sprecher Kunz vom Vorsitzenden eine straffere Vorgehensweise, denn „ich bin mir zu schade für einen Mummenschanz“.

Beifall ertote das SPD-Mitglied Becker, der vor der endgültigen Ent-

scheidung eine Bürgerversammlung verlangte, da die Meinungen in der Gemeinde stark divergierten. Sein Parteifreund Preßler hielt den Zusammenschluß für dringend notwendig, denn die Finanzkraft der Gemeinde reiche allein nicht aus, die Zukunftsaufgaben zu lösen. Zudem werde man zwischen den Blöcken zerrieben, wenn man selbständig bleibe. Bürgermeister Persch

Widerspruch der FBW

Lindenholzhausen (kl). — Die Fraktion der FBW in der Gemeindevertretung hat postwendend nach dem Beschluß des Gesamtgremiums hinsichtlich der Eingliederung nach Limburg beim Vorsitzenden der Vertretung Widerspruch eingelegt. Das geht aus einer schriftlichen Mitteilung der FBW hervor, die uns gestern — allerdings ohne Begründung — zuging.

wurde — recht unmotiviert — vom Vorsitzenden der Vertretung unterbrochen, als er die Finanzsituation darzulegen versuchte. Die CDU forderte eine Unterbrechung, die auch gewährt wurde.

● Mit 8 gegen 4 Stimmen

CDU-Sprecher Kunz forderte dann eine Abstimmung über den Entscheidungstermin. Die Zuhörer opponierten, als sie nicht zu Wort kamen: „Wir werden verraten und verkauft“ — „Die Demokratie wird mit Füßen getreten!“ Mit 8 gegen 4 Stimmen (eife Entfallung) entschied das Gremium für eine sofortige Entscheidung. FBW-Sprecher Schmidt meinte, der „Wille der Bürger

wird mit Füßen getreten“. Sie sollten „unaufgeklärt schlafen gehen!“ Hier wurde alles „demokratisch abgewürgt“!

● „In die Isolation“

Ein „gehöriges Maß von Intoleranz gehöre dazu, diese Entscheidung als undemokratisch zu bezeichnen“, konstatierte CDU-Sprecher Kunz. Und er trug erhebliche Zweifel im Hinblick auf die „Bielefeld-Studie“ vor, die Lindenholzhausen den Weg in die Isolation weise. Die nur vorerst attestierte Selbständigkeit sei nur zum Preis der Isolation zu erkauft, und dieser Preis sei zu hoch. Deshalb bleibe kein anderer Weg, als der nach Limburg.

SPD-Mitglied Becker erklärte, der Versuch, eine Bürgerversammlung einzuberufen, sei gescheitert. Das bringe ihn aber nicht davon ab, für Limburg zu votieren. Leonhard Rempel (CDU) — ursprünglich auch noch zweifelnd — bekannte, er sei nach fast zweijähriger Beratung zu der Überzeugung gekommen, daß —sleim schon an der Finanzkraft der Gemeinde gemessen — der Zusammenschluß unerlässlich sei. Damit war klar, daß die Entscheidung nur zu Gunsten Limburgs fallen würde. Dagegen sprachen sich die drei Gemeindevertreter der FBW und Vorsitzender Theo Gabb aus.

● Auf einmal mit 12:1

Den Grenzänderungs- und Auseinandersetzungsvertrag billigte die Vertretung mit dem erstaunlichen Ergebnis von 12 gegen 1 Stimme.

Der Kreistag hatte am Donnerstag eine sogenannte „Lex Lindenholzhausen“ verabschiedet, nach der der Kreis-ausschuß beauftragt worden war, der Eingliederung ohne nochmalige Einberufung zuzustimmen.

Arbeitsamt wird eingeweiht

Limburg (kl). — Das schon seit einer Reihe von Monaten benutzte neue Dienstgebäude des Arbeitsamtes an der Ste-Foy-Straße soll am 8. Dezember in einer Feierstunde offiziell eingeweiht werden.

Mit 9:4 gegen drohende Isolierung

Lindenholzhausen entschied nach dramatischer Sitzung für Zusammenschluß.

Dünn war der Beifall, laut hörte man "Pfui" und "Ausverkauf" als die Gemeindevertreter am Donnerstagabend (11. Novemer) nach dramatischem Ringen mit 9:4 Stimmen zum 1. Januar die Eingliederung nach Limburg beschlossen hatten.

NNP, 13. November 1971

1250 Jahre Lindenholzhausen



Zündstoff steckt in allen Rohren

Noch eine Bürgerversammlung? — FBW sehr aktiv — SPD gegen Klaus Meyer

Lindenholzhausen (hk). — Die Wogen der Erregung schlagen immer höher. Die Frage des Für und Wider einer Vereinigung mit Limburg reißt neue Gräben in der Bürgerschaft auf. Die Gegner des Zusammenschlusses haben sich in der vergangenen Woche Schützenhilfe aus Linter geholt, dessen SPD-Ortsvereinsvorsitzender Klaus Meyer als Kämpfer gegen Limburg schon von sich reden gemacht hat. Das Gerangel wird inzwischen fast unübersichtlich. Heute wird wahrscheinlich eine Bürgerversammlung — vom Gemeindevorstand einberufen — stattfinden, morgen ist eine Sitzung der Gemeindevertreter. Zündstoff steckt in allen Rohren.

Die Vertretungskörperschaften tagen wieder in der Aula der Lindenschule. Der Tagesordnung nach soll zunächst über den Widerspruch der FBW gegen die Sitzung vom 11. November entschieden werden. Auf Antrag der CDU und der SPD-Fraktionen muß dann über die Abberufung des Vorsitzenden der Vertretung, Theo Gabb, beschlossen werden. Nach einem FBW-Antrag soll das Gremium dann darüber entscheiden, ob die Beratungen und Verhandlungen über den Zusammenschluß mit Limburg vorerst nicht abgesetzt werden könnten. Zur Begründung erklärt die FBW unter anderem, die Besprechung in Offheim habe gezeigt, daß die anderen Anliegergemeinden von Limburg, die sich nach dem Modellplan eingliedern sollten, vorerst keine Neigung verrieten. Deshalb könnte mit diesen Gemeinden zusammen ein Grenzänderungsvertrag ausgehandelt werden. Schließlich steht dann noch die Entscheidung über den Grenzänderungsvertrag und die Eingliederung nach Limburg auf der Tagesordnung.

Die „freien Wähler“ sind also nicht müßig. Sie wollen, nachdem sie in der Gemeindevertretung am 11. November kein Gehör fanden, den Beweis liefern, daß die Mehrheit der Bürgerschaft gegen eine Eingliederung in Limburg ist.

Weil der Gemeindevorstand nicht mitzog, veranstaltete die FBW mit dem Vorsitzenden der Vertretung, Theo Gabb, am vergangenen Freitag eine Bürgerversammlung im Saal des Gasthauses Friedrich, die sich eines beachtlichen Besucherstroms erfreute.

Aber dabei hat es die FBW übers Wochenende nicht bewenden lassen. In beträchtlicher Zahl sind ihre Anhänger straßenweise ausgeschwärmt und haben Unterschriften gegen den Zusammenschluß gesammelt. Gestern ging im Rathaus ein Schreiben mit der Bitte ein, den Inhalt über die Ortsrufanlage zu veröffentlichen. Danach haben sich mehr als zwei Drittel der wahlberechtigten Bürger gegen die Vereinigung mit Limburg ausgesprochen. Für dieses überzeugende Ergebnis will die FBW den Bürgern ihren Dank aussprechen. Im übrigen beabsichtigt die FBW, dieses Ergebnis noch bis Mittwoch dem Landtag zu unterbreiten. Nun bleibt abzuwarten, wie sich die Vertretung verhält.

Eine Erklärung der SPD

Zu der Entwicklung ließ uns die SPD durch Gv. Richard Preßler folgende Erklärung zugehen: „Vorstand und Fraktion sowie der gesamte Ortsverein bedauern außerordentlich, daß an der von

Herrn Gabb am Freitag einberufenen Bürgerversammlung, der Kreistagsabgeordnete und Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Linter Klaus Meyer als Referent teilnahm.

Wir können es dem Abgeordneten Meyer nicht verbieten, hätten aber aus Gründen der Solidarität erwartet, daß er uns eine Information über seine Absicht hätte zukommen lassen. Wir achten seine Meinung, soweit sie seine Gemeinde betrifft, verbitten uns aber mit aller Schärfe und Entschiedenheit, daß er sich in Probleme einer Nachbargemeinde einmischte und seine Meinung kundtut, die der Auffassung unseres Ortsvereins in jeder Beziehung entgegensteht und das, ohne sie scheinbar im geringsten zu kennen und zu respektieren.

Uns ist unverständlich, daß Klaus Meyer bei dieser Versammlung den Zuhörern seine Auffassung gegen einen Zusammenschluß mit Limburg einhämmerte, während er selbst bei der Kreistagsitzung in Offheim dem Zusammenschluß von Lindenholzhausen und Limburg zustimmte. Wir distanzieren uns nochmals von diesen Ausführungen, die in keiner Art und Weise den Beschlüssen der SPD-Gremien entsprechen.

Zündstoff steckt in allen Rohren

Noch eine Bürgerversammlung? FBW sehr aktiv - SPD gegen Klaus Meyer

Die Wellen der Erregung schlagen immer höher. Die Frage des Für und Wider einer Vereinigung mit Limburg reißt neue Gräben in der Bürgerschaft auf.

Auf Antrag der FBW soll zunächst ein Widerspruch gegen die Entscheidung der Sitzung vom 11.11.1971 behandelt werden. Grund für den Widerspruch der FBW war die Sitzung der Gemeinden in Offheim, dass die anderen Gemeinden keine Neigung verrieten sich nach dem Modellplan einzugliedern. Die FBW startet auch eine Bürgerbefragung in der sich fast 70 % der Wahlbeteiligten gegen den Zusammenschluß ausgesprochen hatten.

NNP, 23. November 1971

1250 Jahre Lindenholzhausen



Vertretung für - Bürger gegen

Auch zweite Abstimmung bringt Mehrheit für Limburg – Vertrauen für Gabb

Lindenholzhausen (bl). — Die Würfel sind gefallen. Mehr als 200 Bürger waren am Mittwochabend Zeuge der Gemeindevertretersitzung in der Aula der Lindenschule, als die neun Vertreter von CDU und SPD sich für eine Eingliederung nach Limburg aussprachen. Dagegen sprachen sich die drei Vertreter der FBW und der Vorsitzende der Gemeindevertretung Gabb aus. Gabb hatte zuvor bei zwei Stimmenthaltungen das Vertrauen des Gremiums ausgesprochen bekommen. Mit dem Abstimmungsergebnis von neun gegen vier Stimmen wurde auch der Grenzänderungs- und Auseinandersetzungsvertrag mit Limburg beschlossen. Das Echo in der Zuhörerschaft war alles andere als zustimmend. Pfui-Rufe wurden laut. Die Erregung ist verständlich, weiß man doch um den Bürgerwillen, der sich bis zum Mittwochabend in der Zahl von 1370 Unterschriften von rund 1960 Wahlberechtigten für die Beibehaltung der Selbständigkeit ausdrückte.

Zu Beginn der Sitzung übertrug sich die Nervosität einiger Gemeindevertreter wohl sogar auf die Lautsprecheranlage, die zunächst streikte. Als einstimmig beschlossen wurde, daß die Beschlüsse vom 11. November wegen eines Formfehlers ungültig seien, funktionierte jedoch der Lautverstärker, der zuweilen wiederum nicht notwendig war, weil der entstandene Wortwechsel zwischen Bürgermeister Persch und Gemeindevertretervorsitzenden Gabb auch ohne technische Hilfe unüberhörbar war. Gegenseitige Vorwürfe wurden laut. Amtsrat Scherer und Kreisrechtsrat Dr. Kugelstadt von der Kreisverwaltung wurden um Stellungnahme gebeten. Ein Großteil der Zuhörer spendete Beifall für Gabb und eine Abberutung des Gemeindevertretervorsitzenden verfiel im Sande. Die Vertretung sprach ihm das Vertrauen aus.

Der Zeitpunkt, wo über die künftige Existenz der Gemeinde entschieden wurde, rückte mit dem Antrag der FBW, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen Zusammenschluß mit Limburg zu verwickeln, näher. Selbst einem Zuhörer, namens Heun, wurde das Wort gegeben. Heun wachte sich dagegen, daß offensinnige Beschlüsse gegen den Willen der Bevölkerung gefaßt werden. Eine Umfrage habe ergeben, daß 70 Prozent der wahlberechtigten Bürger für die Selbständigkeit der Gemeinde eintreten.

Für die FBW verteidigte Gemeindevertreter Schmidt deren Anliegen, auf einen Zusammenschluß zum derzeitigen Zeitpunkt zu verzichten. Die Umlandgemeinden von Limburg sollten sich seiner Meinung nach an einen Tisch setzen, um gemeinsam mit Limburg zu verhandeln. Gemeindevertreter Kunz

(CDU) plädierte wie auch der Sprecher der SPD, Pfeßler, für den sofortigen freiwilligen Zusammenschluß mit Limburg. Mit neun gegen vier Stimmen wurde der FBW-Antrag abgelehnt.

Anschließend erörterte und beschloß das Gremium ebenfalls wieder mit neun gegen vier Stimmen den Grenzänderungsvertrag. In der Sitzung am 11. November hatten noch zwölf der 13 Gemeindevertreter dem Vertragswerk zugestimmt, das dem künftigen Ortsteil Lindenholzhausen eine Reihe von Zugeständnissen macht. So bleiben die Gebühren- und Steuerhebesätze bis zum 31. Dezember 1976 in Kraft. Limburg verpflichtet sich zur Erschließung des Neubaugebietes „In der Seit“, für den Neubau einer zweiten Wasserversorgungsleitung für das Oberdorf sowie für den Bau eines Bürgerhauses und eines Kindergartens. Sollten die Zuschüsse ausbleiben, so sichert Limburg dem neuen Ortsteil zu, daß bis spätestens 1976 ein für die kulturellen Belange notwendiger Saal mit Nebenräumen gebaut wird.

Weitere Abmachungen: Limburg kauft den Sauerbrunnen für 100.000 Mark. Der kostenlose Hausbrunn für Lindenholzhausen bleibt gesichert. Jährlich erfolgt „Auf dem Scheid“ eine Aufforstung von einem Hektar. Erhalten bleiben die Feuerwehr, Vaterterhaltung, Ortsrufanlage, Kirms und der eigene Jagdbezirk. Der Ortsrat Lindenholzhausen soll in den Stadtlinienverkehr einbezogen werden.

Nicht einverstanden war die Gemeindevertretung mit zehn Stimmen bei drei Enthaltungen über den Passus der Ortsbeiräte. So soll im Vertrag aufgenommen werden, daß sich der Ortsbeirat aus der gesetzlich zulässigen Höchstzahl zusammensetzt. Der ursprüngliche Text spricht lediglich von einem Ortsbeirat, der sich nach Maßgabe der Hessischen Gemeindeordnung zusammensetzt. Dies allerdings erschien der Mehrheit der Gemeindevertreter nicht genug, auf die Gefahr hin, künftig unterrepräsentiert zu sein. Bürgermeister Persch: „Dieser Änderung wird Limburg nicht zustimmen.“

Zu guter Letzt, nachdem der Grenzänderungsvertrag bereits beschlossen war, faßte das Gremium wiederum mit neun gegen vier Stimmen den Beschluß zur Eingliederung nach Limburg. Nahmen die Zuhörer die neun Stimmen für den Zusammenschluß mit Schweigen entgegen, so klatschte — zumindest eine nicht unübersch- und hörbare Gruppe von einigen Dutzend Bürgern Beifall, als vier Gemeindevertreter die Hand zum Nein erhoben.



Lindenholzhausen. — Gespräche am Rande: Bürgermeister Persch, Amtsrat Scherer, Kreisrechtsberater Dr. Kugelstadt (etwas verdeckt) und der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Gabb (ganz rechts).

Vertretung für - Bürger gegen

Auch zweite Abstimmung bringt Mehrheit für Limburg

Die Würfel sind gefallen.

Mehr als 200 Bürger waren Zeuge der GV-Sitzung in der die neun Vertreter von CDU und SPD sich für die Eingliederung nach Limburg aussprachen.

Dagegen sprachen sich die drei Vertreter der FBW und der Vorsitzende der GV Gabb aus.

... Das Echo in der Zuhörerschaft war alles andere als zustimmend. Pfui-Rufe wurden laut.

... Eine Bürgerumfrage hatte ergeben, daß 70% der wahlberechtigten Bürger für die Selbständigkeit der Gemeinde waren.

NNP, 25. November 1971

1250 Jahre Lindenholzhausen



17. Dez. 1971

Kabinett billigt Stadtteile Ahlbach und Lindenholzhausen

Trotz anderer Konzeption im Bielefeld-Plan — Ja zu Brechen

Limburg (bl). — Das Kabinett hat weiteren freiwilligen Zusammenschlüssen von Gemeinden zugestimmt. Obwohl im Plan des Innenministers Bielefeld die Gemeinde Lindenholzhausen seine Selbstständigkeit behalten und Ahlbach eine Fusion mit Dehrn eingehen soll, haben sich die Regierungsmitglieder von SPD und FDP den Beschlüssen der Gemeinden Lindenholzhausen und Ahlbach, Stadtteile von Limburg zu werden, nicht widersetzt.

Das Kabinett gab seine Zustimmung auch zum Zusammenschluß Malmeneich mit Elz, zur Fusion der Stadt Hadamar mit den Gemeinden Niederweyer, Niederzeuzheim, Oberweyer, Oberzeuz-

heim und Steinbach zur neuen Gemeinde Hadamar. Ja sagte die Landesregierung zum Zusammenschluß Niederbrechen und Werschau zur Gemeinde Brechen und der Eingliederung der Gemeinden Ahlbach und Lindenholzhausen in die Stadt Limburg.

Insgesamt stimmte das Kabinett in dieser Woche 13 Zusammenschlüssen und 37 Eingliederungen zu, an denen 156 Gemeinden beteiligt sind. Damit hat sich die Zahl der hessischen Gemeinden auf 1487 verringert. Zu Jahresbeginn zählte Hessen noch 2600 Gemeinden. Am 21. Dezember wird sich das Kabinett mit weiteren Zusammenschlüssen beschäftigen.

Kabinett billigt Stadtteile Ahlbach und Lindenholzhausen

Trotz anderer Konzeption im Bielefeld-Plan

Obwohl im Plan des Innenministers Bielefeld die Gemeinde Lindenholzhausen seine Selbstständigkeit behalten soll, haben sich die Regierungsmitglieder von SPD und FDP im Landeskabinett den Beschluss der Gemeinde, Stadtteil von Limburg zu werden, nicht widersetzt.

NNP, 17. Dezember 1971

So war's ...



Michael Schmitt